

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung in Thesen	9
II.	Einleitung und Gang der Untersuchung	11
III.	Rechtsentwicklung	12
1.	Funktionen der Anzeigepflicht	12
2.	Internationale Entwürfe	13
a.	OECD-Empfehlung	13
b.	Richtlinie (EU) 2018/822	15
3.	Nationale Entwürfe	19
a.	Vorüberlegungen seit 2007	19
aa.	Entwurf des Jahres 2007	19
bb.	Gutachten des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen	21
cc.	Schleswig-Holsteinischer Entwurf	23
dd.	Hessischer Entwurf	26
ee.	Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe	28
b.	Länderentwurf 2018	29
IV.	Analyse des Länderentwurfs 2018	36
1.	Bestimmung anzeigepflichtiger Gestaltungen	36
a.	Allgemeine Definition der Steuergestaltung	36
b.	Konkretisierung durch Regelbeispiele in Satz 2?	37
aa.	Kombination gesetzlicher Regelungen / Geplante Sachverhaltsverwirklichung	37
bb.	Ziel	38
cc.	Weitere Unklarheiten in den Regelbeispielen	39
c.	Konkretisierung durch Einschränkungen in Satz 3?	40
2.	Keine automatische Verknüpfung zur Veranlagung	42
3.	Zwischenergebnis	42
V.	Vergleich des Anwendungsbereichs von Anzeigepflicht und von § 42 AO	44
1.	Tatbestand des § 42 AO	44
2.	Überschneidungen mit den Tatbeständen der Anzeigepflicht	50

3. Über § 42 AO hinausgehender Anwendungsbereich der Anzeigepflicht	53
4. Über die Anzeigepflicht hinausgehender Anwendungsbereich des § 42 AO	55
5. Aufgriff von Missbrauchsfällen in der Veranlagungspraxis	57
a. Im geltenden System	57
aa. Betriebsprüfungsfälle	58
aaa. Auswahl der Betriebsprüfungsfälle	58
bbb. Behandlung der Betriebsprüfungsfälle	59
bb. Nicht der Betriebsprüfung unterliegende Fälle	60
b. Nach Einführung einer Anzeigepflicht	63
6. Zwischenergebnis	64
VI. Folgen der Anzeigepflicht für die Anwendung von § 42 AO	66
1. Folgen der Anzeige	66
2. Folgen pflichtwidriger Nichtanzeige	69
a. Versagung des Steuervorteils	69
b. Bemessung des Bußgeldes am Steuervorteil	69
aa. Vor erstmaliger Veranlagung	70
bb. Nach endgültiger Veranlagung	71
cc. Nach Vorbehaltsveranlagung	72
3. Keine Sperrwirkung bei fehlender Reaktion auf die Anzeige	73
a. Venire contra factum proprium	74
b. Vertrauensschutz des Steuerpflichtigen	76
4. Zwischenergebnis	77
VII. Verhältnis zur verbindlichen Auskunft	78
VIII. Exkurs: Verhältnis zum Steuerstrafrecht	80
1. Gestaltungsmissbrauch und Steuerstrafrecht	80
2. Anzeigepflicht und Steuerstrafrecht	81
a. Nichtanzeige trotz bestehender Anzeigepflicht	81
b. Nichtangabe der Registriernummer	83
c. Zwischenergebnis	85
IX. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	86
1. Verhinderung von Gestaltungen als Verfassungsauftrag?	86

a. Herleitung einer Gestaltungsverhinderungspflicht aus der Verfassung	86
b. Inhalt der Gestaltungsverhinderungspflicht	88
aa. Pflicht zu allgemeiner Missbrauchsnorm	89
bb. Keine Pflicht zu flankierenden Maßnahmen	90
aaa. Keine Pflicht zu speziellen Missbrauchsnormen	90
bbb. Keine Pflicht zur Einführung einer Anzeigepflicht.	91
aaaa. Verhältnis der anzuzeigenden Gestaltungen zum Gleichheitssatz	91
bbbb. Keine Verbindlichkeit des Verfassungsauftrages hinsichtlich der Wahl der Mittel	92
c. Zwischenergebnis	97
2. Gestaltungsfreiheit des Steuerpflichtigen und Abschreckungswirkung	97
a. Verfassungsrechtliche Fundierung der Gestaltungsfreiheit	97
b. Abschreckungswirkung durch Rechtsunsicherheit	98
aa. Rechtsunsicherheit durch Wertungsoffenheit des § 42 AO.	99
bb. Rechtsunsicherheit durch Schaffung neuer Missbrauchsnormen	100
aaa. Zu erwartende Schaffung neuer Missbrauchsnormen	100
bbb. Problematik spezieller Missbrauchsnormen	102
cc. Rechtsunsicherheit durch das Zusammenwirken von Anzeigepflicht und § 42 AO	103
c. Abschreckungswirkung durch negative Folgen der Anzeigenerstattung	103
d. Rechtliche Qualität der Abschreckungswirkung	106
X. Fazit	109